

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält täglich nach 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen

Nr. 39. — 84. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonntag, 15. Februar 1925

Die Sorgen der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft wird nun die Bilanz ziehen; die Reichslandbundtagung, zu der dieser größte landwirtschaftliche Verband seine Mitglieder nach Berlin für Sonntag zusammenberufen hat, wird ihnen allen ein geschlossenes Bild über die Lage geben, in der sich die deutsche Landwirtschaft befindet. Und das Bild ist kein sehr erfreuliches. Wie alle Besitzer der Sachwerte, so haben auch die Landwirte in der Zeit der Inflation dem Anschein nach nichts verloren, nur hinzugewonnen. Wie irrtümlich das war, stellte sich heraus, als das Meer der Inflation zurückgekehrt war und wir wieder auf trockenem Boden standen. Zuerst kam die Belastung durch die Rentenbankschuld, dann aber vor allem die Notwendigkeit für jeden Landwirt, ob groß oder klein, sich anbeirrt durch Papiermarkbillionen eine Rechnung über sein Soll und Haben aufzustellen. Und diese Rechnung ergab ein Saldo fast zu ungunsten des Haben.

Wie die gesamte Wirtschaft, so hat auch die Landwirtschaft unter der Kreditnot auf das Furchtbarste gelitten und leidet noch heute darunter, namentlich die mittleren und kleinen Landwirte. Dazu gefügt sich der überaus starke Steuerdruck und es werden möglicherweise gegen den ehemaligen Finanzminister Dr. Luther harte Worte auf der Landbundtagung fallen, weil ja im Haushalt des Reiches übermäßig starke Überschüsse erzielt worden sind.

Nun hat die Rentenbank beknüppelt die Kreditnot zu wehren versucht dadurch, daß sie Rentenbankkredite zur Verfügung stellt. Doch haben diese Kredite die Summe von 900 Millionen Rentenmark kaum überschritten und das ist gänzlich ungenügend. Nun wird von sachverständiger Seite der Durchschnittskreditbedarf in der Landwirtschaft vor dem Kriege auf etwa 5 Milliarden Mark geschätzt; dabei war damals die Steuerlast eine weit geringere. Da dieses Bedürfnis nach Kredit überstark war, ging man angesichts der Kreditperre der Rentenbank auf den Weg des schwarzen Kredit. Im Barmat, Untersuchungsausschuß ist neulich ein Gutachter der Berliner Handelskammer über die Kreditgewährung der Firma Kautzler an eine Exporteur-Firma zur Sprache gekommen. In diesem Gutachten hat die Kammer erklärt, daß der Zinssatz, den Kautzler für ein zehnjähriges Darlehen verlangte, nämlich 22% täglich, im Oktober 1923 als nicht übermäßig hoch zu bezeichnen wäre. Wie kann sich auch der Außenlehnende aus dieser Mitteilung schon ein Bild machen davon, wie völlig unmöglichkeit für den Landwirt war, Kredit zu bekommen. Kurzfristiger Kredit nützt ihm an und für sich schon wenig, aber langfristigen bekam er nicht. Und wenn er ihn bekam, zu Zinsen, die ihn erwürgten.

Es ist ja manches besser geworden auch auf diesem Gebiete. Doch ist der Kredit, den jetzt große Teile der Landwirtschaft aufgenommen haben, ein solcher, der als völlig unwirtschaftlich zu bezeichnen ist. Das hauptsächlich landwirtschaftliche Produkt in Deutschland, der Roggen, wird einen Preis auf, der wenig über dem Friedenspreis steht. Angesichts dieser Tatsache ist natürlich ein Kredit, der mit 24 bis 30% zu verzinsen ist, nicht als eine wirtschaftliche Hilfe zu betrachten. Außerdem besteht die Schwierigkeit, daß die kreditgebenden Organisationen sich leider viel zu wenig auf die Kreditbewerter an mittlere und kleine Landwirte einzulassen wußten, sondern bei der Anlage von Kapitalien für längere Frist den Großgrundbesitz bevorzugten, weil es sich hier natürlich um größere Summen handelt. Die Kreditgenossenschaften, die für den mittleren und kleinen Betrieb in Frage kommen, sind nur in einem langsamen Wiederaufbau begriffen und stehen dem richtigen Kreditbedarf ziemlich hilflos gegenüber.

Nun hat ja der Londoner Paal und die dadurch herbeigeführte Beseitigung der Rentenmark und dann der Rentenbank als Währungsinstitut im landwirtschaftlichen Kreditwesen eine Änderung herbeigeführt, die die Rentenbank wieder stärker als Kreditinstitut in die Erscheinung treten läßt. Aber die Rentenbank als eigentliche Zentralkasse für das gesamte Kreditwesen bleibt der Landwirtschaft gegenüber in der Kreditfrage sehr zurückhaltend. Bezeichnend ist ja auch, um das nicht zu vergessen, die Verwertung der Postkredite, die fast reiflos der Industrie zugute kamen.

Die Aufgabe liegt also klar: Was an Krediten überhaupt der Landwirtschaft zugute kommen kann — und das ist viel mehr, als bisher zur Verfügung gestellt wurde — muß in die Kreditorganisationen der mittleren und kleinen Landwirte hineingebracht werden. Gewiß sind diese Betriebsgrößen nicht diejenigen, die für die Schaffung der Ernährungsbasis des deutschen Volkes in Frage kommen. Aber dort herrscht die Not. Und es erregt starke Verbitte-rung, wenn man sieht, wie diese Not nicht gemildert wurde, jene Millionen aber, die sich zu verschaffen den Schiefern ein leichtes gewesen ist, nun verlorengegangen sind. Auch darüber wird auf der landwirtschaftlichen Woche wohl gesprochen werden.

Sicherheitsfrage — Frankreichs Hoffnung auf England

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“
Paris, 14. Februar. Die Blätter stellen mit Genug-tuung fest, daß sich die englische Öffentlichkeit immer mehr für das französische Sicherungsproblem zu erwärmen beginne. Die gestrige Unterhauserklärung Chamberlains, wonach die britische Regierung die mit dem Genfer Protokoll zusammenhängenden Fragen zurzeit prüfe, wird dahin ausgelegt, daß Großbritannien eine Lösung des Sicherungsproblems ernstlich in Erwägung zieht. Die Blätter geben aber das Genfer Protokoll so gut wie verloren, obwohl ausdrücklich hervorgehoben wird, daß rundweg ablehnende Antworten der Dominions in London nicht vorliegen.

Die Denkschrift für die Ruhrkredite.

Berlin, 14. Februar. Trotz der gestrigen Kabinetts-sitzung über die Ruhrkredite ist, wie der „Kokalanzeiger“ erfährt, für heute nicht mit der Veröffentlichung zu rechnen, da es sich um ein umfangreiches Dokument von über 50 Druckseiten handelt, dessen Fertigstellung in technischer Hinsicht nicht so rasch bewirkt werden kann. Falls sich auf Grund der gestrigen Kabi-nettsberatung Änderungen im Text der Denkschrift erübrigen, ist vielleicht für Dienstag mit ihrer Bekanntgabe zu rechnen.

Deutsch-siamesischer Handelsvertrag.

Berlin, 14. Februar. Wie der „Kokalanzeiger“ meldet, ist Prinz Bilsepa von Siam, siamesischer Gesandter in Kopen-hagen, zur Unterzeichnung des am Mittwoch vom Reichstag rati-fizierten deutsch-siamesischen Handelsabkommens hier einge-triffen.

Herriot amtsmüde?

Paris, 14. Februar. Im Zusammenhang mit der Rück-kehr Caillaux in das politische Leben, zu der am 19. Februar ein großes Bankett den Auftakt bilden wird, sind hier über die Haltung des ehemaligen Ministerpräsidenten sensationelle Gerüchte verbreitet. So bemerkt unter anderem die bekannte Pa-riser Wochenschrift „Corano“, Herriot gehe im Ernst mit dem Gedanken um, nach Verabschiedung des Budgets an Gesund-heitsrücksichten zurückzutreten. Für den Ministerpräsidenten würde das Vinklarstell wahrscheinlich Painslevé bestimmen und Caillaux zum Finanzminister. Selbstverständlich würde Caillaux

den größten Einfluß in diesem Kabinett ausüben. Viel bemerkt werden die Besprechungen, die Caillaux in den letzten Tagen mit der sozialistischen Partei hatte.

Französische Kanonen für die polnische Armee.

Berlin, 14. Februar. Die „D. A. Z.“ berichtet aus Danzig: Nach Blättermeldungen aus Warschau wird in Danzig das Transportschiff des polnischen Kriegsministeriums „Warscha“ mit einer Ladung französischer Kanonen für die polnische Armee erwartet.

Die Deutschnationalen an Marx.

Berlin, 13. Februar.
Obwohl der ehemalige Reichskanzler Marx, der zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt wurde, seine Bemühungen zur Bildung des Kabinetts andauernd fortsetzt, ist bis zur Stunde irgendein Fortschritt in der Angelegenheit nicht zu bemerken. Die Deutschnationale Land-tagsgesandtschaft, an die Marx die Frage gerichtet hatte, ob sie sich an einer Regierung der Volksgemeinschaft be-teiligen würde, hat ihre Antwort schriftlich gegeben. In dem Schreiben wird gesagt, die Fraktion bezöge sich auf den frü-heren Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die ausdrücklich das Eintreten der Deutschnationalen Volkspartei für die Volksgemeinschaft als Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden lebenden Volkskräfte betont. Weiter heißt es, man müsse voraussetzen, eine Regierung der Volksgemeinschaft in Preußen werde mit der Reichsregierung loyal zusammenarbeiten und sich in Preußen zu folgenden Zielen bekennen:
Christliche Jugenderziehung und Durchbringung des ganzen Volks- und Staatslebens mit christlichem Geist; Aufrechterhaltung geschichtlich begründeter Verpflichtungen des Staates zum finanziellen Eintreten für die christlichen Kirchen, bei voller Wahrung ihrer durch die Reichsver-fassung gewährleisteten Selbstständigkeit; Ablehnung des mit der Volksgemeinschaft nicht verträglichen Klassenkampfgedankens; Pflege vaterländischen Denkens; pflichtige Behandlung aller auf festlichem Boden lebenden nationalen Bestrebungen.
Ob auf Grund dieser Richtlinien Marx die Verhand-lungen mit den Deutschnationalen fortsetzen will, ist zur-zeit noch nicht bekannt.

Ermittlungsverfahren gegen den Berliner Polizeipräsidenten.

Vom Amte beurlaubt.

Berlin, 13. Februar.
Der Berliner Polizeipräsident Richter hat sich gezwungen gesehen, bis auf weiteres einen unfrei-willigen Urlaub anzunehmen, der ihm auf ein Schreiben an den preussischen Minister des Innern bewilligt worden ist, da die Staatsanwaltschaft gegen ihn auf Grund vor-geschundenen neuen Materials in der Barmat-Affäre, das Richter schwer belasten soll, ein Ermittlungs-verfahren eingeleitet hat.

Richter hat schon früher zugegeben, daß er mit Barmats seit einigen Jahren freundschaftlichen Verkehr pflegte, hat jedoch immer wieder bestritten, daß er sich irgendwelche Verfestungen hätte zuschulden kommen lassen. Die Staatsanwaltschaft scheint nun nach dem neuesten von ihr gesendeten Material anderer Meinung zu sein. Wie es heißt, soll sich Richter, ähnlich wie Minister Dr. Höfle, der passiven Verfestung und Wegnahme schuldig gemacht haben. Die passive Verfestung wird darin erblickt, daß Richter sich im Jahre 1919 12 000 Mark zur Ausstattung seiner Wohnung geliehen, das Geld aber nie zurückgegeben haben soll. Neben verschiedenen Vergünsti-gungen, die Richter den ihm befreundeten Barmats zuteil werden ließ, soll er außerdem dem Besitzer eines Ver-gnügungsparks 700 000 Goldmark für Einquartierung zugewendet, dafür aber wieder Gegenleistungen erhalten haben. Auch Richters Privatsekretär, Stöder, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, dem bereits stattgegeben wurde.

Polizei im Barmat-Ausschuß.

Drei kommunistische Ausschuhmitglieder ausgewiesen.

Berlin, 13. Februar.
Ein Hauch von Langerweile liegt über dem Barmat-Aus-schuß. Es geht beinahe friedlich her, und zu besonderer Auf-merkung liegt auch wirklich kein Grund vor. Kautzlers Woh-nungsausschuß steht zur Debatte. Halb Berlin tief ohne

Bewegung herum, Kautzler aber, der Ausländer, bekam sofort eine. Wie war das möglich? Man sucht es in tiefstimmiger Weise festzustellen, und viele Arienbündel werden durchforstet. Vertreter von Wohnungs- und Polizeiamtern sagen aus, aber es kommt nichts Rechtes dabei heraus. Da blüht mitten in diese vorläufige Nachmittagsstimmung ein Rauch hinein, ein Rauch von so anständigen Dimensionen, daß man sich in eine Plenarsitzung des Reichstages oder des Preussischen Landtages versetzt wähnt. Wie in solchen Fällen laßt immer, geht er von den Kommunisten aus.

Der Zwischenfall.
Der kommunistische Abgeordnete Kollwitz bemängelt, daß die zu vernehmenden Zeugen sich schon vor ihrer Vernehmung im Saale aufhalten. Sie konnten dadurch in ihren späteren Aussagen beeinflusst werden, und es sei ja wirklich hinreichend, wenn sie sich die Räume näher vom Zeugenstand aus anschauen und anhören. Orregi bringt der Vor-sitzende Dr. Leibsig auf und ruft den Abgeordneten Koll-witz wegen des ungehörigen Ausdrucks „Komödie“ zur Ordnung. Aber Kollwitz bleibt dabei, daß es eine Komödie sei. Zweiter Ordnungsruf. Ein dritter bedeutet nach gutem parlamentarischen Brauch hinauszuweisen, und der Vor-sitzende macht den realistischen Abgeordneten in erster Reihe darauf aufmerksam. „Und es ist dennoch eine Komödie“, sagt Kollwitz, worauf der Vorsitzende den Herrn Abgeordneten er-sucht, den Saal zu verlassen. Nun geht es ordnungs-mäßig wie in den Parlamenten, Kollwitz und seine Genossen, die ihm Schmutzantendienste leisten, bleiben sitzen und twelgern sich, der Ausweisung Folge zu leisten. Räumung des Zu-hörerraumes und der Pressebänke. Das heißt: Schupo wird kommen und Ordnung schaffen. Aber wenn man die Schupo braucht, ist sie nicht da. Man erkennt plötzlich mit Verwunderung, daß man bis dato ohne Parla-mentar-schöpfung gearbeitet hat. Veräuntes muß nachgeholt werden, und Polizeipräsident Richter, der gerade wieder einmal als Zeuge zur Stelle ist, ruft telephonisch seine „Grünen“, die jetzt blau sind, herbei. Nach einer Weile marschieren fünf Schupoleute auf, und die drei kommunistischen Ausschuhmitglieder werden förmlich aus dem Saale geleitet. Ende des Zwischenfalls.

Herr v. Richter als Zeuge.

Die Verha- lung wird nun wieder aufgenommen und es erscheint nach dem Polizeipräsidenten Richter der bisherige preussische Finanzminister Aba. v. Richter als Zeuge. Er er-klärt, daß er so wenig wie seine Vorgänger in der Lage gewesen sei, die Vorgänge in der Preussischen Staatsbank im einzelnen zu kontrollieren. Es kommt dabei zu einer längeren Auseinandersetzung über die Draufschüsse der Staats-